

Bezugspreis:

Wochenschrift, 9.-12. Monat, 3.-12. frei ins Haus, vorwärts zahlbar. Postbezug: Monatlich 3.-12. erst Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.25 Mk. für das übrige Ausland 8.25 Mk. bei täglich einmal Zustellung 8.25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Ungarn, Schweden u. die Schweiz. Eingetragene in die Post-Zustellungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 11. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komparativtafel kostet 1.20 Mk. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (zählend 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellungs- und Schlusszeilen gelten das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsgebühr 10%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Verschärfung der Fiume-Frage.

Sag. 11. Juli. (M) Aus New York wird gemeldet, daß die französisch-italienischen Schwierigkeiten in der Fiume-Frage noch größer geworden sind. Italien hat der Konferenz erklärt, daß die Lage sehr ernst werden würde, falls die Adriatische Frage nicht bald gelöst wird. Am 10. Juli reiste nunmehr die Kommission, die die Zwischenfälle in Fiume untersuchen soll, aus Paris ab.

Der Pariser Korrespondent des „New York Herald“ meldet hierzu: Zweifellos wird Deutschland sofort nach der Ratifikation des Friedens seinen Handel mit Italien wieder aufnehmen. Die Spannung zwischen Frankreich und Italien wird immer größer und die Beziehungen werden immer schwieriger. Ein Italiener, der enge Beziehungen zur italienischen Delegation unterhält, teilte mir mit, daß Italien der Ansicht ist, Frankreich wünsche Deutschlands Stelle als europäische Macht selbst einzunehmen. In diesem Falle wolle sich aber Italien von der Entente zurückziehen. Italien kann sich mit den ihm zugewiesenen Gebieten nicht zufrieden geben. Die Mitteilung, daß den Südslawen vom Rat der Fünf wieder neues österreichisches Gebiet zugesprochen wird, dürfte die Lage noch verschlimmern.

Genf, 11. Juli. (M) Die französische Presse ist voll von Berichten und Polemiken gegen Italien über die Vorgänge in Fiume. Trotz aller Schärfe mancher Angriffe läßt es sich doch ernstlich erkennen, daß Frankreich den Wunsch hat, die peinliche Affäre in Güte beizulegen. Zur Veranschaulichung der öffentlichen Meinung hat die Kammer eine Untersuchungskommission eingesetzt.

Nichtabwesend macht sich in Frankreich eine gewisse Besorgnis von einem Abschwenken Italiens bemerkbar. Die Presse behauptet zwar die Drohung, daß sich die Italiener bei einer weiteren Durchführung durch die Alliierten Deutschland wieder nähern würden, in ironischer Weise, warnt aber Italien eindringlich vor diesem Schritt, da Deutschland augenblicklich von Misstrauen gegen Italien erfüllt sei und da es dadurch jede Verbindung mit seinen bisherigen Alliierten verlieren würde.

Zu den Kämpfen in Fiume am Montag wird noch gemeldet: Am Nachmittag dröckten italienische Soldaten und Pisaner Freiwillige ein französisches Kriegsschiff mit Handgranaten anzugreifen. Ein französisches Torpedoboot eröffnete das Feuer, durch welches mehrere Personen getötet und verwundet wurden. Ein Teil der italienischen Soldaten begab sich nach Porto Barco, wo sich das französische Verpflegungsmagazin befindet, und griff die aus zwanzig Anamiten bestehende Wache an, wobei acht Anamiten getötet und die übrigen gefangen wurden. Auf Seiten der Italiener gab es ebenfalls mehrere Tote und Verwundete. In den letzten Tagen wurden in Fiume mehrere kommunistische Elemente aus Budapest erkannt, die man mit den Ausschreitungen in Verbindung bringt.

Zu den Ausschreitungen wird noch gemeldet: Die gesamte Pisaner Bürgerchaft war schon im voraus überzeugt, daß der Erlass des Generals Graziosi nur zu dem Zweck herausgegeben war, um die Fortsetzung der antispannischen Ausschreitungen zu veranlassen. Gestern wiederholten sich die blutigen Zusammenstöße. Nachdem der Straßenspöbel Unruhen verursacht hatte, kamen italienische Soldaten ihm zu Hilfe. Am 8. Juli abends entstand in verschiedenen Teilen der Stadt eine heftige Schießerei. Anamiten wurden mit Handgranaten, Revolvern und Gewehren angegriffen, worauf sie eine Salve abgaben und dadurch dem italienischen Militär Veranlassung gaben, ins Gefecht einzugreifen. Stadtbewohner schossen aus aus den Häusern mit Revolvern und Gewehren auf die Franzosen. Vier Anamiten, die ohne Munition waren, mußten sich ergeben und wurden erschlagen. Ein Gerücht besagt, daß eine französisch-englische Flotte eintreffen und die Stadt militärisch besetzen wird.

Wilson's Verteidigungsrede.

Amsterdam, 11. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington, daß Wilson bei der Vorlegung des Friedensvertrages vor dem Senat seine Rede fast vollständig dem Völkerbund widmete, von dem er erklärte, er sei nicht nur ein Werkzeug, um früheres Unrecht durch den neuen Friedensvertrag wieder gut zu machen, sondern er sei die Hoffnung der Menschheit. Der Bund sei tatsächlich eine Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung der Neuordnung geworden, welche die Urheber des Vertrages in der Welt errichten wollten. Wilson erklärte, daß Werk der Friedenskonferenz Stimme als Ganzes mit den Grundsätzen überein, die man gemeinsam als Grundlage des Friedens angenommen habe, und die Kompromisse, die als unvermeidlich angenommen wurden, schnitten zurecht irgend einem dieser Grundsätze ins Herz.

In der amerikanischen Presse ist bekanntlich gesagt worden, daß Wilson mit dem A d a v e r seiner 14 Punkte nach Amerika zurückkehre. Wilson versucht nun den Nachweis, daß der Kadaver noch lebt.

Kämpfe um die Nationalisierung des Kohlenbergbaues in England.

Ausländische Kohlen gegen englische Bergarbeiter.

Kopenhagen, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) „Daily News“ zufolge hat der Beschluß der englischen Regierung, den Kohlenpreis um 8 Schilling pro Tonne zu erhöhen, große Erregung in den Arbeiterkreisen hervorgerufen. Die Regierung begründet diesen Schritt mit der verminderten Sieben-Stunden-Arbeit der Grubenarbeiter. In Arbeiterkreisen weiß man jedoch, daß der Wunsch die Ergänzungswahl in Swansea zu beeinflussen, mit hineinspielt. Der Arbeiterkandidat dieses Kreises kämpft nämlich für die Nationalisierung der Gruben. Nun will die Regierung der Öffentlichkeit eine kleine Kostprobe der Folgen der Nationalisierung geben, nämlich eine erhebliche Erhöhung der Kohlenpreise und damit der Preise aller wichtigsten Lebensmittel. Man erwartet übrigens, daß die Nationalisierung der Grubenarbeiter demnächst der Regierung die Nationalisierungsforderung in Form eines Ultimatum vorlegen wird. Die Konservativen sind jedoch fest entschlossen, nicht in die Nationalisierung zu willigen. Ein Kampf, der Englands ganzes industrielles Leben lähmen kann, ist daher wahrscheinlich, um so mehr, als die Bergleute der Unterstützung der anderen großen Gewerkschaften sicher sind. Die Führer der Bergleute sind über die Erhöhung der Kohlenpreise durch die Regierung höchst unwillig, da diese die öffentliche Meinung gegen die Nationalisierung stark beeinflussen werde. Andererseits ist sich die Regierung bereits über die Gefahren klar, die in einer Erhöhung der Kohlenpreise liegt, indem Amerika ins Auge fallen wird, mit dem englischen Markt in Wettbewerb zu treten.

England hat bereits den argentinischen und den größten Teil des italienischen und spanischen Marktes verloren, und zwar deswegen, weil die amerikanischen Grubenbesitzer einen großen Teil der amerikanischen Schiffsahrt kontrollieren und deshalb in ausgedehnter Weise instande sind, die Kohlenpreise zu regulieren. Man behauptet, daß die Regierung die Forderung der englischen Bergleute dadurch bekämpfen will, daß sie die amerikanische Kohlenzufuhr nach England fördert, und die Grubenbesitzer rufen sich mit größter Energie zu dem bevorstehenden Kampf gegen die Nationalisierung.

„Eine Kränkung für die Niederlande“.

„Het Volk“ über die Kaiserfrage.

Amsterdam, 10. Juli. Das Organ der holländischen sozialistischen Arbeiterpartei „Het Volk“ schreibt in einem Leitartikel zur Frage der Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers: Der Engländer, der sich nichts aus politischen Fragen macht, mag sich bereits jetzt an einem Kampf um das Schaffot ergötzen. Lloyd George jedoch und der englischen Regierung kann es nicht unbekannt sein, daß Holland als Staat mehr Selbständigkeit besitzt, als eine englische Kolonie, und nicht einmal aus einer seiner Kolonien würde England einen Flüchtling holen, der sich dort verborgen hielt, nur um sein Leben zu retten. „Het Volk“ fährt fort: Wir machen nicht das Getue verschiedener holländischer Blätter mit, die zuerst juristisch zu beweisen suchen, daß die Niederlande den Kaiser nicht ausliefern dürften, und dann wieder juristisch bewiesen, daß die Niederlande ihn doch ausliefern dürften. Die Art, wie bisher die Entente diesen Fall behandelt hat, macht die Niederlande zu einer Null und das Afschreiben zu einem fehen Papier. Wir wollen rundweg erklären, daß die Handlungsweise der Entente eine Kränkung für die Niederlande ist.

Amsterdam, 11. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Paris, daß Holland in seiner Antwort auf die Note der Alliierten wegen des vormaligen Kaisers erklärt habe, es sei sich seiner internationalen Verpflichtungen bewußt, man müsse es aber auch seine souveränen Rechte frei ausüben lassen.

Die Krise im Reichswirtschaftsministerium.

Die Meldung des „Berl. Börsenkuriers“, daß die Fraktion in der Ministerkrise bereits Beschluß gefaßt habe, ist aus der Luft gegriffen. Vielmehr finden augenblicklich noch Verhandlungen statt, deren Ergebnis nicht vorangesagt werden kann. Auch die Meldung von der angeblichen Erkrankung des Unterstaatssekretärs v. Moellendorff ist falsch. Im Gegenlicht zu der ersten Nachricht, die vertriebt ist, ist dies verspätet. Herr v. Moellendorff war Anfang dieser Woche an einer Magenvergiftung schwer erkrankt, ist jedoch völlig wieder hergestellt. Er vertritt seinen Dienst wie bisher.

Zur Reform des Strafverfahrens Laien- und Gelehrtengerichte.

Von Rechtsanwalt Dr. Hausen, Berlin.

Die Revolution, die an allen Dingen unseres öffentlichen und privaten Lebens gewaltige Umwälzungen bewirkt hat, ist an einem Zweige der staatlichen Funktionen bisher im großen und ganzen spurlos vorüber gegangen, und das ist Recht und Rechtsprechung. Dies liegt nicht etwa an der Erkenntnis, daß auf diesem Gebiete nichts zu reformieren wäre, daß hier alles den Anforderungen einer modernen Zeit entspricht. Es liegt daran, daß unsere Gesetzgebungsmaschine, die im Kriege — ähnlich der Rüstungsindustrie — um ein vielfaches mehr als im Frieden gearbeitet hat, wobei auch hier reichlich viel Kriegsware zu Tage gefördert wurde, daß diese Gesetzgebungsmaschine auch jetzt noch mit gleicher Kraft tätig ist und noch nicht die Ruhe gefunden hat, die gediegene Arbeit zu leisten, die nötig ist, um unser Strafrecht in neue, in bessere Bahnen zu leiten.

Auf dem Gebiete des Strafrechts muß man das sogenannte materielle und das formelle Strafrecht unterscheiden. Das materielle enthält die Voraussetzungen, unter denen jemand bestraft werden kann, und die Art und Höhe der Strafen. Hier entspricht manches nicht mehr dem allgemeinen Rechtsbewußtsein des Volkes, ich erinnere nur an die Todesstrafe, an die Frage, inwiefern sogenannte Sittlichkeitsverbrechen zu bestrafen sind, an den Betrugsparagrafen, an die dehnbaren Bestimmungen des Hehlerei-Paragrafen. Im großen und ganzen ist aber unser Strafrechtbuch zufriedenstellend. Viel wesentlicher, weil für den einzelnen fühlbarer, ist aber das formelle Strafrecht, die Frage des Strafverfahrens.

Was zunächst den Punkt, ob gelehrte oder Laienrichter vorzuziehen sind, angeht, so möchte ich jeden, der hierüber urteilen will, bitten, einmal eine Verhandlung vor dem Schwurgericht beizuwohnen. Die Verhandlung vor diesem Gericht ist, weil Laien, nämlich die Geschworenen, über „schuldig“ oder „unschuldig“ allein zu urteilen haben, eine ganz besonders eingehende und gediegene. Sie ist aber auch überaus zeitraubend, und wollten wir jeden Diebstahlsfall, jede Unterschlagung oder Körperverletzung mit diesem großen und kostspieligen Apparat verhandeln, so müßte jeder Staatsbürger mindestens drei Tage im Monat sich als Geschworener der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Dies wäre eine Belastung der Arbeitskraft des Volkes, die zu dem hierdurch erzielten Gewinn in gar keinem Verhältnis steht. Aus praktischen Gründen wird jeder Reformator dazu kommen müssen, dem Schwurgericht nur die Kapitalverbrechen vorzuführen.

Auf der anderen Seite ist es für den, der sich ein Urteil bilden will, empfehlenswert, einmal in eine Verhandlung der Strafkammer zu gehen. Hier fällt schon beim ersten Anblick die stattliche Anzahl von fünf Herren, alles gelehrte Richter in Amstracht, auf, die über einen Fall urteilen, der oft gar nicht so schwierig ist, als daß es nötig wäre, daß fünf abgesehene von Verteidiger und Staatsanwalt — sich fünf gelehrte Richter mit ihm beschäftigen. Wer hinter die Kulissen zu blicken versteht, wird beobachten, daß längst nicht alle fünf Herren sich das für und wider stets anhören: der eine blättert in Akten, der andere scheint nur mit geteilter Aufmerksamkeit dabei zu sein, und immer ist es nur einer der fünf, wenn auch bei jedem zur Verhandlung stehenden Fall ein anderer, mit dem der Vorkisende gelegentlich mal ein Wort über die Sache wechselt oder der selbst durch Fragen oder durch Bemerkungen in die Verhandlung eingreift. Es ist dies der sogenannte Berichterstatter, derjenige vom Vorkisenden hierzu bestimmte Weiser, der vor der Verhandlung die Akten bereits gelesen, während der Beratung den Fall vorzutragen und nach der Sitzung das schriftliche, ausführlich begründete Urteil abzufassen hat. Hier scheint tatsächlich ein Zuziel von Gelehrsamkeit aufgeboten zu sein, ein Zuziel, bei dem mandamental der Angeklagte das Gefühl hat, daß er zu kurz wegfommt, daß seinen Gedanken nicht genügend nachgegangen wird, daß hier eine ihm „fremde“ Macht ist, vor der er befangen ist und von der er von vornherein befürchten muß, daß sie ihn nicht hinreichend versteht. Daß mandamental auch das Urteil dieser Befürchtung recht gibt und von einer gewissen Welt-„Fremdheit“ zeugt, wird jeder bestätigen, der praktisch vor der Strafkammer schon des öfteren tätig gewesen ist.

Als mittlere Linie zwischen Schwurgericht und Strafkammer stehen die sogenannten Schöffengerichte. Hier urteilt der Richter zusammen mit zwei Schöffen, zu denen meist Leute aus dem Volke gewonnen werden. Zu

diesem Gericht, das schnell und ohne viel Formalismus arbeitet, besteht in weiten Schichten des Volkes großes Vertrauen. Tatsächlich sind auch die Schöffengerichte die Gerichte der Zukunft. Sie verbinden die Vorteile des Laiengerichts mit der Notwendigkeit des gelehrten Richters. Sie werden in der Weise auszubilden sein, daß sie als sogenannte große Schöffengerichte an die Stelle der Strafkammern treten, wo der Richter mit vier Schöffen sein Urteil fällen wird.

Daß bei der Aufstellung der Listen, aus denen die Schöffen, ebenso auch die Geschworenen, sich rekrutieren, eine etwas fröhlichere Luft künftighin wehen müssen, mag nur nebenbei erwähnt werden. Trotzdem soll man sich hüten, aus dieser Frage eine Frage der reinen Parteipolitik zu machen. Man wählt den Abgeordneten seiner Partei, damit die persönlichen Interessen des Wählenden wahrgenommen und gegenüber den Interessen anderer, durchgesetzt werden. Aber nicht Mitleid persönlicher Interessen soll der Richter sein. Er soll nicht über Leute einer Partei und nach den Ansichten einer Partei richten, sondern jedermann aus dem Volke soll zu ihm in gleicher Weise Vertrauen haben, sein Urteil soll von jedermann geachtet werden.

Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte. Beratungen im Reichsarbeitsministerium.

Berlin, 10. Juli. Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern und heute Besprechungen über den umgearbeiteten Referententwurf eines Betriebsrätegesetzes zwischen Vertretern des Ministeriums unter dem Vorsitz des Ministers und dem Zentralrat und einer Anzahl von Betriebsratsmitgliedern aus dem Reich statt. Die Besprechung sollte dem Zweck dienen, für die geplante gesetzliche Regelung der Betriebsräte, insbesondere ihren Aufgabenkreis, Anregungen zu erhalten und die Erfahrungen der Praxis für das gesetzgeberische Handeln, das mit diesem Gesetzentwurf betreten wird, zu bewerten. Nach einem einleitenden Referat fand eine gesonderte Besprechung der Betriebsräte statt. Die Vertreter der Betriebsräte gaben folgende Erklärung ab:

„Die Vertreter der Betriebsräte Deutschlands überreichen der Regierung in der Anlage einen Teilvorschlag zur Abänderung des Gesetzentwurfs über Betriebsräte.

Infolge des bereits in der gestrigen Verhandlung gekennzeichneten Verhaltens der Regierung war es unmöglich, in den wenigen zur Verfügung stehenden Stunden die unbedingt erforderliche gänzliche Neubearbeitung des Entwurfs durchzuführen.

Wir erklären nochmals, daß der in unserem Vorschlag ausgeführte Grundgedanke des vollen Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte in allen Angelegenheiten der Unternehmungen die Mindestforderung der von uns vertretenen Arbeitnehmerschaft darstellt. Wir ersuchen die Regierung um sinnigende Durchbearbeitung des Gesetzentwurfs in allen Teilen, entsprechend den aufgestellten Mindestforderungen unter Mitwirkung der Betriebsräte.

Nicht Erfüllung dieser Forderung würde für das Wirtschaftsleben von den verhängnisvollsten Folgen sein.

Wir ersuchen daher die Regierung, mit aller Kraft die Berücksichtigung dieses Grundgedankes vor dem Parlament zu vertreten, und falls diese Forderung gegenwärtig nicht durchführbar ist, den Entwurf zwecks Reuberatung mit den Betriebsräten zurückzugeben.

Das Reichsarbeitsministerium vertrat die Ansicht, daß der Entwurf den Betriebsräten bereits weitgehende Mitarbeit und Kontrolle auf wirtschaftlichem Gebiet sichere, z. B. durch die in dem neuen Entwurf vorgesehene Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat, durch das Recht auf Aufschlußerteilung über alle die Arbeiterchaft berührenden Betriebsvorgänge, auf Vorlegung der Lohnbücher und Information über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf; die einheitliche ökonomische und technische Leitung des Betriebes

aber dürfe durch die gleichberechtigte Mitbestimmung des Betriebsrates in keiner Weise beeinträchtigt werden, vielmehr könne die auch von der Regierung dringend gewünschte Sozialisierung nicht von unten, vom Betriebe aus und durch Eingriffe in die Betriebsleitung, sondern nur von oben, durch die im Entwurf der Reichsverfassung vorgesehenen Bezirkswirtschaftsräte und den Reichswirtschaftsrat erfolgen. Die Regierung wird trotz des bedauerlichen Verzichts der Betriebsräte auf praktische Mitarbeit an ihrer Absicht festhalten, der Nationalversammlung in kürzester Frist ein Betriebsratsgesetz vorzulegen, das den Arbeitern und Angestellten in allen Angelegenheiten der Betriebsleitung und Produktionsförderung weitreichenden Einfluß sichert.

Befreiungs- oder Mordversuch?

Gestern erschien, wie eine Lokalcorrespondenz meldet, in der Kommandantur des Zellengefängnisses in der Lehner Straße ein Herr in Zivil mit Ausweisen auf den Namen eines Leutnants v. Siemons. Er wandte sich dort an den Schreiber mit dem Ersuchen, ihm Zutritt zu der Zelle des im Gefängnis befindlichen Knebel zu verschaffen und versprach dafür eine Belohnung von 500 R. Der angehende Leutnant v. Siemons wollte um 4 Uhr nachmittags mit einigen Leuten wiederkommen, um die Befreiung Knebels zu bewerkstelligen. — Der Schreiber ging zum Schein auf dieses Anerbieten ein, bat aber den Herrn, einige Stunden später zu weiteren Verhandlungen nochmals zu erscheinen. Inzwischen verständigte der Schreiber den Regimentskommandeur Major v. Kuhlwein, der sofort die nötigen Maßnahmen ergrieff, um den unternehmungslustigen Herrn bei seinem nachmaligen Erscheinen verhaften zu lassen. Als „Leutnant v. Siemons“ dann erschien, wurde er sofort in festen Gewahrsam genommen. Der Versuch war äußerst überraschend, ließ sich aber dann ruhig abspielen.

Nach Erkundigungen bei der zuständigen militärischen Stelle war das Gardebataillon. Schützenkorps bis vor einigen Tagen mit der Überwachung des Untersuchungsgefängnisses betraut gewesen. Es ist verschiedentlich vorgekommen, daß Unbekannte mit ungenügenden Ausweisen die Bewachungsmannschaften mit größeren Summen oder auch durch Drohungen zu bestechen versucht haben, sie zu Knebel zu lassen. Ob zu seiner Befreiung, konnte nicht festgestellt werden.

Nach der „Freiheit“ gelang Leutnant v. Siemons bei der Vernehmung offen, er sei derselbe, der am 23. Juni die französischen Fahnen aus dem Zeughaus raubte und sie unter den Linden verbrannte. Nun könne er beide Strafen mit einem Male abwachen. Leutnant v. Siemons wurde bei seiner Verhaftung außer einem größeren Geldbetrag ein ordnungsgemäß ausgestellter Ausweis, lautend auf den Leutnant Wagenknecht, abgenommen, der die Vollmacht enthielt, 12 Mann für eine Wache anzufordern. Dieser Ausweis sollte anscheinend dazu dienen, die erforderliche militärische Bedeckung für die angelegte Befreiung und spätere Ermordung Knebels herbeizuschaffen. Nach der Verhaftung hat Leutnant v. Siemons, man möge den Oberleutnant v. Kessel telephonisch benachrichtigen, daß die Sache nicht geklappt habe.

Die „Freiheit“ schließt daraus auf einen Mordanschlag auf Knebel, eine Vermutung, die nicht von der Hand zu weisen ist, wenn v. Siemons mit dem Fanatiker, der die Fahnen verbrannt hat und der deswegen gesucht wurde, identisch ist. Die mysteriösen Begleitumstände erfordern gebieterisch eine gründliche Untersuchung des Vorfalles. Insbesondere muß festgestellt werden, welche Gründe v. Siemons zu seinem „Befreiungsversuch“ bedrungen haben.

Freispruch für die Frau Emonts. Die Frau des Bankbeamten Emonts, die, wie gemeldet, unter dem Verdacht an Emonts politischer Tätigkeit beteiligt gewesen zu sein, verhaftet worden war, ist am Donnerstag voriger Woche vom britischen Militärgericht in Siegburg freigesprochen worden. Die Nachricht, daß sie bereits einmütig verhaftet gewesen und auf Grund eines Einspruchs der Doffensfußstandskommission freigelassen worden sei, trifft nicht zu.

Die Zustände in Posen.

Ueber die Zustände in den von den Polen besetzten Teilen des Ostens gehen und folgende Mitteilungen zu: In der Stadt Posen werden die Deutschen massenhaft festgenommen, zum Teil auch Frauen und Kinder, und in das alte Kuffenlager von Gzitoro bei Stalmierzycze gebracht, wo nicht einmal Sitz- und Schlafgelegenheiten vorhanden sind. Den deutschen Soldaten, die als Gefangene dorthin gebracht werden, wird alles weggenommen, sie bekommen dafür die alten Kuffenanzüge mit den braunen Streifen. Allerdings hat die Warschauer Regierung mit diesem schändlichen Vorgehen nichts zu tun. Man wollte die Gefangenen nach Minsk bringen, die Warschauer Regierung hat sie aber nicht durchgelassen, weil die Posener Nachhater ihre Ernährung nicht garantieren wollten.

Bei den Wahlen zum polnischen Parlament übten die radikalen Nationalisten den schändlichsten Terrorismus aus. Das Wahlergebnis wurde durch den Kniff umgangen, daß vielfach nur diejenigen zur Wahl zugelassen wurden, die vor der Kirche ausgegebene Stimmzettelschubert vorwiesen. Als der damalige Vizekanzler, der Sozialdemokrat von Maraczewski, früheres Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses, in Posen sich als Kandidat vorstellen wollte, wurde er nicht nur niedergedrückt, sondern auch bedroht. In einer Versammlung der vereinigten deutschen und polnischen Sozialdemokraten erklärte er dann, daß die polnischen Sozialdemokraten die Angehörigen deutscher Gebiete betrogen. Wollte sie davon eine trübe Zukunft für Polen befürchten.

Die Polen haben verboten, daß die Sozialversicherungsbeiträge nach Preußen abgeführt werden, sie haben aber in einem uns angegebenen Fall die Einleitung eines Teilverfahrens abgelehnt, weil die Versicherer noch nicht lange genug Beiträge in Posen gezahlt hat. Wenn man natürlich die Beitragsleistung erst vom Zeitpunkt des polnischen Handstreichs auf Posen an rechnet, dann ist es leicht, die Versicherer um ihre Ansprüche an die Arbeiterversicherungsabteilung zu bringen. Den Beamten wird die Hebernahme zum dreifachen Gehalt aber ohne Versorgungsanspruch angeboten. Es wird uns übrigens gesagt, daß seinerzeit die polnische Handreichung gar nicht gelungen wäre, wenn die deutschen Militärs nicht einfach die Plünder ins Korn geworfen hätten. Die Masseninternierungen der Deutschen werden darauf zurückgeführt, daß die regierenden polnischen Reaktionen fürchten, die Deutschen würden sich bei dem unaufrichtigen polnischen Arbeiter- und Soldatenaufstand auf dessen Seite schlagen. Meutereien in den Kasernen und Lazareten sind an der Tagesordnung.

Zunehmend wurde uns gegenüber betont, daß viel Grund zu der Annahme bestehe, bei direkten und geschickten Verhandlungen mit der Warschauer Regierung zu günstigen Ergebnissen zu kommen. Diese wird schließlich doch die Nacht behalten, da die Entente nur an Warschau in Warschau Rationiert liefert.

Jedenfalls ist die Meinung zu begründen, daß nunmehr direkte Verhandlungen mit Warschau eingeleitet werden sollen, statt sich immer nur an die Entente zu wenden.

Die französische Regierung auf wackelnden Füßen.

Eine Mehrheit, die keine war.

Bern, 10. Juli. „Humanité“ und bürgerliche Blätter stellen fest, daß die Mehrheit der französischen Regierung in der letzten Abstimmung sehr schwach gewesen sei. Das Blatt sagt: Nicht man von den 54 Stimmen der Regierungsmehrheit noch die 20 oder 25 Stimmen der Minister, Unterstaatssekretäre und Regierungskommissare ab, so bilden die verbleibenden 25 Mehrheitsstimmen kein Gegengewicht gegen die 60 feindlichen Stimmenthaltungen.

Genf, 11. Juli. III. Aus Paris wird gemeldet: Die Kammer lehnte mit 256 gegen 202 Stimmen die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur ab, nachdem der Minister des Innern, Richon, die Vertrauensfrage gestellt hatte. Richon versprach, den Belagerungszustand und die Zensur nach der Ratifikation des Friedensvertrages aufzuheben.

Sozialisierung, Sozialisten.

Man baut ein Haus, indem man Stein nach Stein behaut, bis sie auseinander passen, und erst dann sie zusammensetzt. Eine Pflanze, ein Tier, jedes Lebewesen baut sich auf, indem Zelle an Zelle sich legt, jede unter demselben Drang, nach uraltem Geheiß, lüdenlos, jede sich an die andere hilfsbereit, helfend und Hilfe empfangend anschmiegt.

Und wir müssen einen sozialistischen Organismus bauen, indem wir, alle von demselben Drang geleitet, in uns ehrlich das gleiche Geheiß, uns einordnen an die Stelle, an die wir nach Natur und Betanigung passen, jeden achtsam, jeder Helfer und Hilfe empfangend.

Ein vollkräftiger, ein einiger Organismus muß der sozialistische Staat, die sozialistische Welt sein, eine gesunde, weitherbeile Pflanze, soll er uns Befriedigung und Nutzen bringen. Er wird ein verstrüppelter, schwärzender, und ausfallbedeckter Beschleibol, entsteht er im tohen, feilenvergiftenden Kampf von Gruppen und Gruppen, von denen jede eine andere, allein richtige Art wissen will, ihn zu erbauen, jede ohne Rücksicht auf ihre Kräfte und die anderen nach dem bequemsten Platz giert — wie wenn die einzelnen Zellen eines Organismus vergiftet sich heimlichlich von einander sondern, ihr eigenes Leben führen wollen.

Das soll nicht werden.

Der Sozialismus kann nicht kommen durch die Gewalt selbstmächtiger oder verbündeter, naturverleumender Geister; er kann nicht kommen im Wettersturm rasendsten Bürgerkrieges, kann nicht gewalttätig einem widerstrebenden Volk mit Minenwerfern und Maschinengewehren aufgeschleppt werden. Denn wird er eine giftige Pflanze, in deren Zellen Lüge, Hochgefühle brodeln, die ausbreiten, sie vernichten werden.

Dem ehrlichsten, überzeugtesten Willen der Einzelnen, die es wirklich sind, der harten, selbständig denken und handelnden Männern muß er erwachsen, selbständig müssen Sozialisten im sozialistischen Staat sein, um ein selbständiges Geheiß zu bilden, an das sich die Zweifler, Schwankenden anschließen können.

Denn nur kann ein gesunder, lebenskräftiger Sozialismus, die sozialistische Welt, entstehen.

Die Revolution, der Kampf kann nur äußere hemmende Gewalten zerbrechen, etwas erbauen kann nur die tagelose, ausdauernde Arbeit. Die Arbeit wird an uns selbst, an den Nachbarn für uns, für die ganze Welt.

Hugo Riemann †.

Aus Leipzig ist die Nachricht gekommen, daß Hugo Riemann, der berühmte Leipziger Musikgelehrte, im 70. Jahre gestorben ist.

Das große Publikum kennt ihn nur aus wenigen Werken, dem Musikgelehrten, der „Geschichte der Musik seit Beethoven“, der „Kompositionstheorie“ und vielleicht aus den Analysen Bachs, Beethovers und Mozartscher Sonaten. Die Zahl seiner Werke und Aufsätze ist Legion. Mit einer rastlosen Arbeitskraft verband er erschöpfendste Vorforscher und phänomenales, in Deutschland sicher einzig dastehendes Wissen auf dem Gebiete der Musikgeschichte und -theorie. Wer darüber einen Überblick gewinnen will, braucht nur ein paar Stunden in seinem Handbuch der Musikgeschichte zu studieren. Seiner bis ins kleinste Detail tief empfindenden Lehrausgaben „Klassische Werke“ ist nicht leicht beizukommen, in jeder Seite aber ist getreulich konzipierte Kenntnis verankert. Er erlangt neue, theoretisch fundierte Harmonisierungsregeln und begründete die wissenschaftliche Lehre von der Phrasierung, der Rhythmus und Agogik. Sein Musikerkritik war wohl in der Welt, der nicht auf irgendeinem Gebiet jenes Wirkens und Schaffens von Werken und Leuten Riemanns beeinträchtigt wäre; Max Roger war sein persönlicher Schüler und tausende sind indirekt bei ihm in die Lehre gegangen. Ein überlegender Musikgelehrter vom Schlage der Ambros, Spitta, ein Sammelpsychologe allerersten Ranges war Fernman. Auch das Ausland anerkannte ihn. Ein Soli deutscher Schaffens, deutscher Musikwissenschaft ging mit ihm dahin. Sein Werk wird in künftigen Zeiten schöpferischer Geister jahrzehntelange lebendig bleiben.

Arbeiterportverbände und staatliche Jugendpflegeauschüsse.

Die Zentralkommission für Sport und Körperpflege hat den ihr angeschlossenen Verbänden die Teilnahme an den staatlichen Jugendpflegeauschüssen empfohlen und Richtlinien für die Mitarbeit in diesen Ausschüssen aufgestellt, die Interessenten zur Verfügung stehen. Gefordert wird, daß in den Ausschüssen Fachkommissionen für das Gebiet der Leibesübungen geschaffen werden, in denen die Vertreter der bürgerlichen und proletarischen Richtungen in gleicher Zahl sitzen sollen. Die Mitarbeit in den Ausschüssen soll eine rein parlamentarische sein, die Beteiligung an sportlichen Veranstaltungen, die etwa von diesen Ausschüssen geplant werden sollten, ist streng untersagt. Für die Jugendpflegeauschüsse wird gefordert, daß die Lehrgänge so ausgestaltet werden, daß Vertreter der sozialistischen Weltanschauung genügend zum Wort kommen und daß insbesondere der Berufsloft so geordnet wird, daß er dem Geiste der sozialistischen Arbeiterschaft nicht widerspricht. Zu den Lehrgängen in der Turnlehrerbildungsanstalt in Spandau können die Ausschüsse finanzielle Beihilfen an die Teilnehmer ihres Bezirks gewähren.

Eine Hauptaufgabe der Ausschüsse soll die Förderung der Errichtung von Jugendheimen, Turnhallen, Spielplätzen und Freibädern in den Gemeinden ihres Bezirks oder Kreises sein. Ebenso dringend ist die Förderung der Jugendwanderungen durch Errichtung von Jugendherbergen.

In die Ausschüsse müssen Vertreter aller Arbeiterportverbände berufen werden, soweit die Verbände Jugendpflege betreiben. Wo

Sportvereine bestehen, haben diese die Vertreter den Behörden namhaft zu machen. Den Sportvereinen ist nunmehr gestattet, sich zu Landes-, Provinzial- und Bezirksvereinen zusammenzuschließen.

Für die Ortsjugendpflegeauschüsse wird folgendes gefordert: Die Ortsauschüsse müssen unter offizieller Verantwortung und Leitung der Gemeindeverwaltung stehen und es müssen die gewählten Vertrauensförderer (Stadtverordnetenkollegien) darin mindestens zu gleichen Teilen wie die Mitglieder der Magistrats vertreten sein. Es ist dahin zu wirken, daß dafür amtliche amtliche Deputationen gebildet werden, in denen der städtische Deputierte für das Jugendpflegeamt den Vorsitz führt. Die Vertreter der Bürgerschaft müssen von den Stadtverordneten gewählt werden, sie sind zu gleichen Teilen aus den Verbänden bürgerlicher und proletarischer Richtung zu entnehmen.

Notizen.

— Gegen die Tuberkulose. Die Robert-Koch-Stiftung zur Bekämpfung der Tuberkulose schreibt zum 1. Juli 1920 ein Preisauschreiben über die Bedeutung der verschiedenen artigen Sitzstühle (Sonne-, Röntgen-, Radium-, Röntgenstrahlung) für die Diagnose und Behandlung der Tuberkulose aus. Für die beste Arbeit sind 5000 R. ausgesetzt.

— Die Große Berliner Kunstausstellung wird am 18. Juli im Reichstagshaus eröffnet werden. Die Arbeiten in den Künstlerkommissionen gehen ihrem Abschluß entgegen. Entsprechend dem neuen Statut der Kunstausstellungen erscheinen die Künstler diesmal in vier Gruppen, die ihre Räume selbst juriert haben: Der Verein Berliner Künstler und im Anschluß die Düsseldorf, die Freie Sezession, die Berliner Sezession und — zum ersten Male — die Novembergruppe. Geheimer Rat Vestermeier von der Akademie hat die sehr vernünftigen Räume des Schauspielhauses in eine ebenso ansprechende wie zweckdienliche Form gebracht: Das Oberlicht ist tief gelegt, die Wände erhielten eine gleichmäßige graue Tönung.

— „Koff-Theater“ „Die schöne Zeit, o selige Zeit!“ Der langatmige, kläglichste Titel dieses von Bruno Deder geschriebenen Volksstücks ist nicht das Beste daran. Man wird verlegt in die Mitte des vorigen Jahrhunderts und erinnert sich anderer, damals aufkommener Stücke aus dem Arbeiterleben des vormärzlichen Berlin, die (wie „Das Fest der Handwerker“, „Machinenbauer“ usw.) noch bis heute eine gewisse Lebensfähigkeit bewahrt haben. Jener Kleinhandwerklichen Epoche wird das Stück gerecht. Es spiegelt die ganze Enge der politischen Kleinhauser mit ihrer Harmlosigkeit des Denkens und Empfindens glänzend wieder. Keineswegs läßt sich von der Musik von Walter B. Böye sagen. Es klingt und singt darin eine anheimelnde Gemütslichkeit, die auch im Humor ihren erfrischenden Ausdruck findet. Ein Trio vom Namen „Luden“ — ganz reizvoll von drei Damen gegeben — sowie ein melodischer Gesangsduo stehen angenehm hervor. Es wird überhaupt recht hübsch gespielt und gesungen.

Nationalversammlung zu Weimar

54. Sitzung vom Freitag, den 11. Juli, vor- mittags 9 1/2 Uhr.

Am Regierungstisch: David, Dr. Preuß, Dr. Vell. Das Haus erledigt zunächst kleine Anfragen. Abg. Weid (Dn. Sp.) wiederholt die am 1. Juli nicht beantwortete Frage über den Ueberfall des Kapitänleutnants v. Wüde während eines Schülervortrages in Frankfurt a. M. Regierungs- vertreter Freiherr v. Belfer bestätigt die in der Anfrage mit- geteilten Tatsachen. Die Preussische Regierung soll ersucht werden, für bessere Sicherheitsverhältnisse in Frank- furt a. M. Sorge zu tragen.

Eine Anfrage des Abg. Dr. Becker (D. Sp.) lenkt die Auf- merksamkeit auf die Notlage der in den infolge des Friedens- vertrages von Deutschland abgetrennten Gebieten stel- lunglos werdenden Reichsbeamten. Regierungs- vertreter Freiherr v. Belfer sagt zu, daß die Regierung nicht nur der vorübergehenden Not steuern, sondern den betreffenden Reichs- beamten auch wieder Stellungen verschaffen wird.

Abg. Deilus (Dem.) fordert im Hinblick auf die Hunger- preise für kirchliche Vorkehrungen, damit wenigstens die Hart- oberste der Bevölkerung zu angemessenen Preisen zugeführt werden kann. Regierungsvertreter Dr. Bayerle führt aus, daß die Kirchenpreise zum Teil unter entsprechenden Maßnahmen der Bevölkerung eine Wendung er- fahren hätten. Ueber die Hartobsternte könne noch keine Entschlei- dung getroffen werden.

Abg. Blum (Zent.) rügt in einer Anfrage die unbefrie- digte finanzielle Regelung der den Gemeinden auf der linken Rheinseite erwachsenden Einqua- rtierungslasten.

Regierungsvertreter Freiherr v. Belfer stellt rasche Abhilfe in Aussicht.

Abg. Blum (Zent.) stellt ferner eine Anfrage über die Schädigung infolge der Vormarschvorbereitungen der Gegner für den Fall der Ablehnung des Friedens.

Regierungsvertreter v. Belfer stellt eine Vorentscheidung in Aussicht.

Abg. Dr. Richter (D. Sp.) bemängelt in einer Anfrage die geschmacklose Ausführung der Erinnerungsmarken der Nationalversammlung. Ein Vertreter des Reichspost- ministeriums teilt dazu mit, daß aus 15 Herren bestehende Preis- gericht über die eingegangenen mehr als 4000 Entwürfe als Sach- verständige seien namhafte Künstler aller Richtungen, ferner die Abg. Heine, Kuske und Dr. Pfeiffer gewesen. Lang- andauernde Stürmische Debatte. Die beteiligten Künstler haben ausdrücklich verlangt, daß keinesfalls andere als die im Vorschlag gebrachten Marken auszuführt würden. Die Marken bleiben so- lange im Verkehr, bis neue Marken als Ersatz für die Germania- reihe herausgegeben werden können. Dafür soll ein neues Aus- scheidungsverfahren erfolgen. (Zuruf: Aber schneid! Große Heiterkeit.) Hierauf wird die

Beratung der Verfassung

fortgesetzt. Sie beginnt mit dem zweiten Hauptteil (Grund- rechte und Grundpflichten der Deutschen). Prä- sident Fehrenbach wünscht, daß heute wenigstens die beiden ersten Abschnitte dieses Teiles (die Einzelpersonen und das Gemeinwohl) erledigt werden und erbittet dazu eine erhebliche Einschränkung der Redezeit. Es würde mich sehr freuen, wenn die Verammlung sich entschließen könnte, ein größeres Gewicht auf die Tat der Abstimmung, als auf die Länge und Schönheit der Rede zu legen. (Lebhafte Beifall und Zustimmung.)

Artikel 107 bezieht: Die Grundrechte und Grund- pflichten bilden Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechts- pflege im Reich und in den Ländern.

Abg. Dr. Heine (Deutsche Volksp.) legt die schweren Bedenken dar, die vom Standpunkt des Juristen, wie des Politikers gegen die Ausübung so umfangreicher Grundrechte gegen die Ver- fassung zu erheben seien.

Französische Rechtspflege in der Pfalz.

3 Monate Gefängnis für Erfüllung der Amtspflicht.

Das Militärgericht in Speyer hat unter dem 26. Juni gegen den Hauptleutnant Stelzenmüller, Gefangenschaftslehrer an der Zwangs- erziehungsanstalt, die ungeheuerliche Strafe von 3 Monaten Gefängnis und 1000 Frank Geldbuße ausgesprochen mit der Begrün- dung, er habe seine Schüler nicht verhindert an einer feindseligen Kundgebung gegen das französische Heer. Der Sachverhalt ist im kurzen folgenden:

Hauptleutnant Stelzenmüller hatte in einer ordentlichen Ge- fangenschaft unter einer Reihe von Liedern auch das lehrplanmäßig vorgesehene Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ wiederholen lassen, und zwar in einem Raume, dessen Fenster nach dem Hofe und einer Sackgasse gehen. Der Lehrer hatte sich jeden Hinweis auf die Zeitverhältnisse enthalten. Bei den Jünglingen, die ja gar keine Zeitung lesen und von der Außenwelt so gut wie abgeschnitten sind, ist der Verdacht der Absicht zu einer feindseligen Kundgebung von vornherein abzuweisen. Trotzdem hat das französische Militär- gericht die Wiederholung eines vorgeschriebenen vaterländischen Liedes in der Gefangenschaft umgedeutet zu einer verbotenen öffent- lichen Kundgebung auf der Straße, weil der Gesang auf der Straße hörbar gewesen sei. Der Lehrer, der in unerhöhdener Ausübung seines Amtes durchaus einwandfrei handelte, ist ein Opfer seines Berufs geworden. Das Urteil ist, wie so viele andere gleicher Art, eine offensichtliche Verletzung des Haager Überein- kommens, das bekanntlich die Verwaltung eines besetzten Landes nach seinen eigenen Gesetzen vorschreibt.

Einferkung badischer Beamter.

Korkruhe, 10. Juli. Amlich wird mitgeteilt: Bekanntlich wurden am 25. und am 26. Juni d. J. in Kehl Amtmann Werber und Amtsrichter Frisch wegen ihres rechtmäßigen Ein- waltens gegen den Rechtsagenten Hompa, der sich hochverräte- rischer Untertan schuldig gemacht hatte, von den französischen Behörden verurteilt. Ihre Behandlung im Gefängnis ließ viel zu wünschen übrig. Besonders schlecht ging es dem Amtsrichter Frisch. Er bekam völlig unzureichende Kost, durfte die Zelle nicht verlassen und auch keinerlei Besuche empfangen. Etwas besser wurde der Amtmann Werber behandelt. Er durfte wenigstens jeden Tag im Hofe spazieren gehen. — Nun kommt aus Kehl die Nachricht, daß die beiden Beamten von den französischen Behörden abgeurteilt worden sind und zwar erhielt Amtmann Werber sechs Monate und Amtsrichter Frisch drei Monate Gefängnis. Außerdem wurde beiden eine Geldstrafe von je 2500 M. auferlegt. Als Grund der Verurteilung erklärt man, daß die beiden badischen Beamten politische Verhaftungen vornehmen ließen, ohne den französischen Be- hörden davon Kenntnis zu geben. Hierzu waren sie aber nach den internationalen Bestimmungen der Haager Konferenz nicht ver- pflichtet. Es ist selbstverständlich, daß auch gegen dieses Urteil und seine grausame Härte bei den zuständigen französischen Instanzen Protest eingelegt wurde.

Falsche Gerüchte. In der Presse wird behauptet, der Minister- präsident Bauer habe den Vertretern des deutschen Be- raterbundes die Zusicherung gemacht, im Verlaufe des Sep-

tembers 1919 würde eine einmalige Entschuldungssumme zur Auszahlung kommen. Ueber die Höhe sollten nach Verhand- lungen zwischen Regierung und Beamtenverbänden gepflogen werden. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Minister- präsident Bauer hat vielmehr zugesagt, daß die Frage einer Ent- schuldungssumme Gegenstand der Beratung mit den Regie- rungen der Freistaaten und den Beamtenvertretern sein solle, und daß bei einer etwaigen Gewährung an eine Auszahlung vor Ende September nicht gedacht werden könne.

Industrie und Handel.

Börse.

In der Börse machte die Aufwärtsbewegung weitere Fortschritte. Der neue sozialdemokratische Antrag gegen die Steuerflucht läßt ohne Einfluß auf die Stimmung. Nachfrage zeigte sich für heimische Anleihen, namentlich 1proz. Reichsanleihen, die etwa 1 1/2 Proz. gewannen. Kriegs- anleihen setzten 1/2 Proz. höher ein und notierten gegen Schluss etwa 80 Proz. Am Montanmarkt waren Gelsenkirchener, Bismarckhütte, Kattowitzer und Phönix bevorzugt. Sehr fest waren jedoch Farbwerke unter Führung von Hoechst Garb- werke. Höhere Kurse erzielten Johann Schiffsalien, Kalipapiere, wie Neu-Guinea-Kompagnie. Im übrigen waren die Kursveränderungen gering.

Keine neuen Preiserhöhungen in der Schwerindustrie.

Düsseldorf, 10. Juli. BTR. teilt mit: In der heute im Stahlwerkverband begonnenen Aussprache über die Preise wurden von allen Seiten die durch die Verteuerung der Brennstoffe, die Erhöhung der Löhne und die anhaltenden gerin- gen Arbeitsleistungen entstandenen weiteren Erhöhungen der Selbstkosten hervorgehoben und der Nachweis erbracht, daß die gegenwärtigen Verkaufspreise für die große Mehrzahl der Werke mit erheblichen Verlusten verknüpft sind. Trotzdem entschloß sich die Mehrheit der im Stahlwerkverband vereinigten Werke, den Hauptversammlungen der einzelnen Gruppen vorzuschlagen, daß zunächst von einem Preisaufschlag abgesehen und die Beschäftigung darüber um vier Wochen vertagt werde. Maßgebend für diesen Beschluß war namentlich die Hoffnung, daß derselbe den Beginn des allgemeinen Abbaues der jetzigen Preise bedeuten würde, und die Erwartung, daß die gegenwärtig im Gang befindliche Herabsetzung der Lebensmittelpreise auch eine Ermäßigung der Löhne im Gefolge haben werde.

Die Außenhandelsstelle der Eisen- und Stahlindustrie.

Vom Reichswirtschaftsministerium ist bekanntlich die Gründung einer Außenhandelsstelle für das Gebiet der Eisen- und Stahlerzeugung beabsichtigt. Sie soll in ähnlicher Weise wie die bisher gegründeten Außenhandelsstellen unter gleich- mäßiger Wahrung der Rechte von Unternehmern, Arbeitern des Handels und der Verbraucher, auf die Regelung der Ein- und Ausfuhr bestimmter Güter haben. Am 9. Juli hat nun eine Sitzung aller beteiligten Kreise im Reichswirtschaftsministerium stattgefunden. Während das Reichswirtschaftsministerium den Ver- tretern dieser Gewerbezweige das volle Selbstbestim- mungsrecht innerhalb gewisser Richtlinien lassen wollte, legten die Eisen- und Stahlindustriellen, die übrigens dem Plane zustimmen, darauf Wert, daß der Vertrauensmann der Reichsregie- rung das entscheidende Organ für die Durchführung der behör- dlichen Bestimmungen sein sollte. Man will die aus der Verschieden- art der einzelnen Interessen hervorgehenden Schwierigkeiten dadurch vermeiden, daß der unparteiische Vertrauensmann die Befugnis erhält, selbstständig die Entscheidung zu treffen. Letzteres wird dadurch herbeigeführt, im Sinne aller Beteiligten des Wirtschaftszweiges zu handeln, da für die Ausübung seiner Tätig- keit als Voraussetzung gilt, daß ihm das Vertrauen aller bleibe. An dem System der bisherigen Handhabung der Ausfuerverbote soll nichts geändert werden. Man wünscht ferner in gleicher Weise die Regelung der Einfuhr durch die Außenhandelsstelle zu übernehmen.

Die erschienenen Vertreter des Handels und der verschiedenen Verbraucherkreise waren mit der von den Eisen und Stahl er- zeugenden Industrien vorgeschlagenen Fassung einverstanden. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft äußerten gewisse Bedenken, behielten sich jedoch ihre endgültige Stellungnahme vor, da sie zu der ihnen erst in der Versammlung bekannt gewordenen Fassung sich zunächst mit ihrem Zentralvorstand beraten müßten.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums konnte eine Erklärung über die endgültige Stellungnahme seiner Behörde nicht abgeben, gab jedoch der Erwartung Ausdruck, daß die vorgeschlagene Fassung eine geeignete Grundlage zur Bildung der Außen- handelsstelle geben möge. Es wurde eine Kommission eingeleitet, in der alle Interessentengruppen vertreten sind, um die Sogung der sachmäßigsten ins Leben zu rufenden Außenhandelsstelle im Be- nehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium auszuarbeiten.

Wenn auch die Fassung des Gutachtens der Eisen- und Stahl- industrien zu einem Mißtrauen berechtigt — es hat danach näm- lich den Anschein, als ob man nach der in der Kriegswirtschaft geübten Methode wieder einen indirekt Beauftragten der Schwer- industrie zum Reichsbevollmächtigten machen will —, so ist es doch bezeichnend, daß die Industrie sich für die Beschränkung des Außen- handels einsetzt, im schroffen Gegensatz zu denjenigen Vertretern des Handels, welche fortgesetzt die Mandatpresse mobilisieren, um für das „freie Spiel der Kräfte“ zu werden.

Groß-Berlin

Der unterdrückte Aufruf der Streikleitung.

Der Bürgerrat hat bekanntlich durch große Plakate an den Ziffenhäusern scharfe Stellung gegen die Streikenden genommen. Die Streikleitung sagte darauf den Entschluß, an derselben Stelle die Groß-Berliner Bevölkerung über die Absichten und Gebaltsver- hältnisse der Straßenbahner aufzuklären. Dabei hatte sie jedoch nicht an den Widerstand der Pädlerin der Berliner Ziffenhäuser, der Firma Raud u. Hartmann, gedacht. Diese weigerte sich, den Aufruf abzugeben, auch dann noch, als von der Streikleitung klagiert wurde, alle verlangten Änderungen des Textes vorzu- nehmen. Damit hat unserer Auffassung nach die Firma Raud u. Hartmann ihre Vertragspflichten verletzt, sie darf nicht in einseitiger Weise zu Gunsten irgend- einer Gruppe Stellung nehmen. Es wird Aufgabe der hiesigen Körperschaften Berlins sein, die Firma auf das durchaus Unzulässige ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen.

Der nicht abgedruckte Aufruf der Streikleitung lautet:

Aufruf an die Berliner Bevölkerung!

Wieder sehen wir, daß sich alles, selbst Regierung und Bürger- rat, für das Kapital ins Mittel legt. Der Bürgerrat weist am 8. d. M. in seinem Aufruf darauf hin, daß die Straßenbahn nicht mehr in den Händen der Aktionäre, sondern der Allgemeinheit liegt. Dies bezeichnen wir als eine glatte Lüge. Die Generalversammlung der Aktionäre tritt erst am 17. d. M. zur Beschlußfassung zu- sammen. Das Berliner Tageblatt vom 9. Juli macht die Aktio- näre gegen den Anlauf der Straßenbahn mit allen Mitteln scharf, sich dem Anlauf zu widersetzen! Es schreibt unter anderem:

Die Aktionäre haben natürlich das größte Interesse, auf diesen unvorteilhaften Handel nicht einzugehen, vielmehr alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, um gegen diesen unbegreiflich niedrigen Verlauf sowie gegen die angebrochene eventuelle Tarif- reduktion sich zu wehren. Es ist nicht zu bezweifeln, daß es hier- für Mittel gibt. Die Aussichten auf Erfolg sind nicht unbe- deutend, da die Genehmigung des Verkaufs Dreiviertelmehrheit bedarf!

Weiter folgt der Bürgerrat in seinem Aufruf, wir hätten Tarif- bruch begangen, in dem wir uns dem Spruch des Hauptausschusses nicht fügen! Dies weisen wir zurück, da wir unsere Forderung bereits schon am 10. Mai, vor Abschluß des Kollektivvertrages, dem Unternehmer eingereicht haben. Unsere Löhne langen eben nur zum notwendigen Leben. Die 700 Mark verlangen wir, um unsere Frauen und Kinder zu bekleiden. Beweis: nachstehende Löhne.

Straßenbahner:	
der jüngste Schaffner monatlich	400 M., nach Abzug 379,05 M.
„älteste	500 „ „ „ 479,05 „
Ochbahn:	
der jüngste	300 „ „ „ 378,00 „
„älteste	500 „ „ „ 479,00 „
Omnibus:	
der jüngste	260 „ „ „ 244,00 „
„älteste	300 „ „ „ 284,00 „
Kraftwagenfahrer:	
der jüngste	350 „ „ „ 334,00 „
„älteste	400 „ „ „ 384,00 „

Aus alledem ist zu sehen, daß es heute nicht mehr um die 700 Mark geht, sondern das Kapital will an den Verkehrsange- henden eine Nachprobe versuchen!

Arbeiter, merkt euch das!

Wären wir bedingungslos in den Betrieb hineingehen, so trifft daselbe auch euch; wir bedauern, daß ihr durch unsere uns aufgezwungenen Maßnahmen vorübergehend leiden müßt, jedoch ist dies nur das kleinere Übel, hingegen, wenn wir gezwungen wären, bedingungslos in den Betrieb zu gehen.

Wir bitten euch nochmals, uns in diesem harten Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen.

Die Zentralstreikleitung.

Sympathiebekundung. Folgende Entschlieung wurde in einer kurz beschlossenen Versammlung des Bureau- und Reiterpersonal der Hochbahngesellschaft gestern mit großer Majorität angenommen: Das heute versammelte Bureau- und Reiterpersonal der Hoch- bahngesellschaft erklärt, die bisher treu geübte Solidarität weiter aufrechtzuerhalten. Sie protestiert gleichzeitig mit aller Schärfe gegen die durch ein Telegramm des B. T. V. verbreitete Absicht der Regierung, den Verkehrsunternehmungen durch die Aufsichtsbehör- den das Recht zu geben, die Streikenden zur Arbeitsaufnahme zu zwingen.

In der Verkehrsnut der letzten Zeit hat sich im Stadt- und Vor- ortverkehr die Unsitte eingeführt, daß Fahrgäste Zuglokomotiven bestiegen, um mitzukommen. Hierdurch werden die Lokomotiv- beamten in der Ausführung ihres Dienstes, besonders in der Beobachtung der Signale des Betriebes behindert und die Sicherheit der Reisenden wird gefährdet. Die Eisenbahnerverwaltung erwartet von den Reisenden, daß sie von dieser Unsitte ablassen.

Bernau will Groß-Berlin eingemeindet werden. In der am 9. Juli stattgehabten Mitgliederversammlung des sozialdemokrati- schen Bezirksvereins Bernau wurde nach ausführlichem Referat und Aussprache über den Gesetzentwurf betreffend Einheitsgemeinde Groß-Berlin eine Resolution einstimmig angenommen, wonach die Parteigenossen einmütig die Bildung einer Einheits- gemeinde Groß-Berlin, zu welcher auch die Stadt Bernau gehören soll, wünschen.

Der große Feilwarendiebstahl bei der Firma Winter in der Köpenicker Straße 127, bei dem Einbrechern für über 200 000 M. Pelze in die Hände fielen, ist gestern abend aufgeklärt, sechs Per- sonen verhaftet und der größte Teil der Beute wieder herbei- geschafft worden.

Eine gekrümmte Rindesleiche wurde gestern nachmittag an der Kronprinzenstraße aus der Erde gelandet. Es scheint Rindes- mord vorzuliegen. In der kleinen Leiche fehlen der Kopf und die Beine.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Der Berliner Magistrat teilt mit, daß er im Interesse einer für alle Beteiligten möglichst wertvollen Vereinfachung des Geschäftsverfahrens die amerikanischen Speiswaren künftig nicht mehr ausschließlich mit 1/2, sondern alle zwei Wochen mit 1/2, Abz. auf den Kopf der Bevölkerung verteilen wird. Die erste Ausgabe in dieser Weise erfolgt in der Woche vom 14. bis 20. Juli auf Abschnitt 2 der Einfuhrzulasskarte.

Genußgüter. Sonnabend 450 Gramm Graupen auf 15 a der Lebensmittelkarte; Montag und Dienstag bei den Kartellständigen Kraut, Obst und Nudeln 2 Pfund Kartoffeln auf 93 der Kartoffelkarte. Ferner sind noch einige Reduktion für Rindfleisch abzugeben. Bezugsheime werden am Sonnabend in der Lebensmittelabteilung ausgedient.

Germindert. Von heute ab bei den Kindern auf Abschnitt 28 der besetzten Lebensmittelkarte 1/2, Abz. Heringe (1 Pfd. 2,06 M.). Ferner von heute bis Mittwoch: 1. für Kinder bis zu 6 Jahren 1 Tafel Schokolade (1,50 bis 1,50 M.) oder 1/2, Abz. Kakao (2,63 M.), 2. für Kinder im 7. Lebensjahre 2 Päckchen Bäckpulver (30 Pf.). Bezugsheime im Lebensmittelbureau, Zimmer 8.

Von heute ab bei den hiesigen Händlern auf Abschnitt 27 der besetzten Lebensmittelkarte 100 Gramm Kartoffelmehl (16 Pf.) und auf Abschnitt 26 der besetzten Lebensmittelkarte 150 Gramm Weizenmehl (18 Pf.).

Waukau. Anstelle von inländischem, hiesigem Fleisch gelangt ausländisches Rind- und Hammelfleisch zum einheitlichen Preise von 4,75 M. für das Pfund zur Ausgabe. Wer auf das Fleisch verzichtet, kann auf die Fleischortenabschnitte dafür als Ersatz Hühnerfleisch und Reis beziehen.

Wittmann. Von heute ab auf Abschnitt 89 der Groß-Berliner Lebens- mittelkarte 250 Gramm Nudeln (18 Pf.). Abschnitt 40 200 Gramm Dinkelkeulen (36 Pf.). Abschnitt 42 500 Gramm Weizenmehl (28 Pf.). Ab- schnitt 84 und 85 der Jugendlichenkarte 100 Gramm Getreide (10 Pf.), 100 Gramm Nudeln (14 Pf.). Karte ist spätestens Sonnabend, den 19. ab- zuholen.

Vereine und Versammlungen.

Charlottenburg. Zentralkomitee für Einigung der Sozialdemo- kratie. Mitgliederversammlung Sonnabend, den 12. Juli, 7 Uhr, bei Gieseler, Kaiser-Friedrich-Straße 63.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“. Ortsgruppe Ber- lin, Abt. I. Sonntag, 12. Juli, Radfahrer-Schleuse, Start 5. Wiener, Bismarckstr. 58. — Willkommensfest. Sonntag, 1 Uhr, Tour nach Wannsee (Parslow). Start: Wilhelmshöhe (Denkmal). — Freier Wander- bund. Tour I. Radtour. Abfahrt Sonnabend, nachm. 6 Uhr 35 Steinerer Bahnhof, nach Bismarck-Straße. Tour II. Radtour. Abfahrt 5 Uhr 50 Steinerer Bahnhof, nach Radfahrer-Ronnensteig.

Für die Postabonnenten liegt die illustrierte Wochen- schrift „Volk und Zeit“ der heutigen Nummer bei.

Gewerkschaftsbewegung

Ein beschämendes Urteil.

In der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 12. Juli kom- mentiert Louis Rödel, Vera (Kauf), das Treiben der unab- hängig-kommunistischen Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes in folgender Weise:

In Verbandangelegenheiten besand ich mich in Berlin und hatte so Gelegenheit, der Generalversammlung der Ziffelhäuser Berlin am 27. Juni beizuwohnen, die sachlich und moza-

